

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beifügung oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerson, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
 Halle a. S. J. L. Bark & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heinr. Esler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Dynamit-Anschlag.

Das „Depeschen-Bureau Herold“ erhält fol-
 gende Mitteilung: Unter den täglichen für den
 Reichsfiskus Grafen von Caprivi bestimmten
 Eingängen, die in dem Dienstzimmer des Ab-
 jantanten, Wilhelmstraße 77, abgegeben werden, be-
 fand sich am Sonntag, den 26. d. M., ein Brief
 aus Orleans vom 23. November 1893 nebst
 einem dazu gehörigen Kistchen in der Größe eines
 Bistitenarten-Rartons. Major Gmeiner, der mit
 der Durchsicht der eintreffenden Sendungen be-
 auftragt ist, öffnete zunächst den Brief, der den
 Inhalt jenes Kistchens als „un échantillon de
 graines de radis d'une espèce étonnante“, be-
 zeichnete. Bei dem weiteren Versuch des Majors
 Gmeiner, das Kistchen mit einem Taschmesser
 zu öffnen, hatte er das Glück, daß ihm aus den
 Fugen des nur leicht angebohrten Holzdeckels von
 dem „Radieschen-Samen“ einige Körner in die
 Hand fielen, die er bei näherer Untersuchung un-
 schwer als Schießpulver feststellen konnte. Der
 hierdurch erweckte Verdacht, eine Höllenmaschine
 vor sich zu haben, fand durch die unter Zuhilfenahme
 der Polizei sofort eingeleitete Untersuchung
 vollste Bestätigung. Nur dem glücklichen Um-
 stand, durch das lose Pulver auf die Gefahr auf-
 merksam gemacht worden zu sein, ist es zu ver-
 danken, daß ein Verbrechen verhindert worden ist,
 das um so befängniswerter hätte werden können,
 als zu jener Zeit sich der Abjantant nicht allein in
 seinem Dienstzimmer befand.

Das „Berl. Tagbl.“ bemerkt dazu: Wir
 möchten aus diesem sehr unglücklichen Vorfall
 keine Haupt- und Staatsaktion ableiten. Allein
 es ist doch niederdrückend, zu sehen, wie zwei-
 zwanzig Jahre nach dem Frankfurter Frieden
 blutdürstiger Nationalhaß sich gegen einen
 Staatsmann wendet, der persönlich ganz unschul-
 dig an den Demütigungen ist, welche die Fran-
 zosen durch ihre fidele Kriegserklärung vom Juli
 1870 heraufbeschworen haben. Graf Caprivi hat
 so lange als Reichsfiskus seines Amtes waltet,
 nicht das Mindeste getan, um solchen Haß zu
 verdienen. Aber es scheint, daß auch die Re-
 publikaner von heute jenseits der Bogen eben-
 wenig im Stande sind, ihre Feindschaften durch
 Ruhe und Besonnenheit zu zügeln, wie die Re-
 publikaner vor hundert Jahren. Und doch sollten
 die ehrenwerten Männer aller Nationen einig
 darin sein, dergleichen heimtückische Attentate auf
 das entschiedenste zu verurteilen.

Die Berechnung der Miets-
erträge nach dem Einkommen-
steuergesetz.

Wenn auch durch die Praxis und die zahl-
 reichen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerich-
 tes viele Bestimmungen des Einkommensteu-
 ergesetzes, die den Steuerpflichtigen sowohl wie den
 Verwaltungsbehörden zweifelhaft erschienen, auf-
 geklärt sind, besteht noch eine Reihe von Fragen,
 die einer eingehenden Erörterung bedürfen. Zu
 ihnen gehört die Behandlung der Mietsverträge.
 Eine Beleuchtung der darauf bezüglichen Geset-
 ze und Anweisungsvorschriften dürfte bei der Bedeu-
 tung, die namentlich in großen Städten die
 Mietsverträge für das Einkommen haben, von
 allgemeinem Interesse sein. Denn wenn auch das
 Veranlagungsverfahren hier praktischen Ausweg
 an einem unzulässig hier vorliegenden Konflikt
 gefunden hat, so bewegt sich dieser Ausweg doch
 nicht auf einem unzweifelhaft gesetzlichen Boden,
 und es ist nicht zu verkennen, daß hier ein minder
 ansehnlicher Zustand geschaffen werden sollte. Nach
 § 13 des Einkommensteuergesetzes ist
 von Grundstücken, welche . . . vermietet sind,
 . . . der Mietszins, einerseits unter Hinzurech-
 nung der dem . . . Mieter obliegenden Natural-
 und sonstigen Nebenleistungen sowie der dem . . .
 Vermieter vorbehaltenen Abzinsen, andererseits
 unter Abrechnung der dem letzteren verbliebenen
 abzugsfähigen Kosten, als Einkommen zu be-
 rechnen.

Hieraus geht hervor, daß die Mietszin-
 nen als feststehende Einnahmen anzusehen
 sind, und es greift daher für sie § 10 Platz,
 wonach

feststehende Einnahmen nach ihrem Betrage für
 das Steuerjahr zu berechnen sind.

In Übereinstimmung hiermit befindet sich
 der Art. 161 Abs. 1 und 2 der Anweisung des
 Finanzministers vom 5. August 1891. Durch
 Absatz 3 ist noch besonders ausgeprochen:

Steht der Mietszins, welcher das Gebäude
 oder einzelne Teile desselben im Steuerjahr
 bringen werden, noch nicht fest, so kann insoweit
 der Veranlagung (Steuererklärung) der zeitliche
 Stand der Mieten zu Grunde gelegt werden.

Aus den gesetzlichen Bestimmungen ist un-
 bedingt zu folgern, daß der Steuerpflichtige, der ein
 Einkommen aus Mietsverträgen bezieht, nur die-
 jenigen Einnahmen in der Steuererklärung anzu-
 geben hat, die zur Zeit der Abgabe der Steuer-
 erklärung für ihn tatsächlich feststehen, d. h. also
 nur diejenigen Einnahmen, die auf Grund be-
 stehender Mietsverträge ihm in dem Steuerjahre
 zufließen werden. Da nun die Mietsverträge in
 der Regel mit viertel- oder halbjährlicher Kündigung
 abgeschlossen werden, so würden in den meisten Fällen
 die Mieten sich nur für einen Teil des Steuerjahres
 angehen lassen. Wenn z. B. die Mietsverträge, die
 ein Hauseigentümer abgeschlossen hat, mit dem
 1. Oktober 1894 ablaufen, so können als fest-
 stehende, für das Steuerjahr 1893—94 anzu-
 gehende Einnahmen nur die Mietsverträge bis zu
 diesem Tage angesehen werden, da bei einer kurzen
 Kündigungsfrist die fernere Dauer der Miets-
 verträge zur Zeit der Abgabe der Steuererklärung
 im Januar 1894 eben nicht feststeht. Erklären
 sich dann im Laufe des 1. April oder 1. Juli
 1894 die Mieten bereit, die Verträge zu ver-
 längern, so sind diese Einnahmen, die dem Haus-
 eigentümer im Laufe des Steuerjahres zufließen;
 die Verrechnung des Einkommens im Laufe des
 Steuerjahres begründet aber keine Veränderung
 in der schon erfolgten Veranlagung, abgesehen von
 Erbschaft (§ 57 a. a. D.). Die Veranlagung
 dieser später feststehenden Mietsverträge zur

Steuer könnte also nur dann erfolgen, wenn der
 betreffende Hauseigentümer noch nicht zur Steuer
 veranlagt wäre. Dieser Fall wird aber selten ein-
 treten; denn die Veranlagung soll bis zum
 Beginn des Steuerjahres beendet sein und das
 Veranlagungsverfahren würde, namentlich in
 großen Städten, eine sehr unheimliche Störung
 und Verzögerung erfahren, wenn der Verleiher
 der Veranlagungskommission in allen den Fällen,
 wo die Mietsverträge im Laufe des Jahres
 eine Erhöhung erfahren könnten, die Veranlagung
 aufschieben wollte. Wenn die Steuerpflichtigen
 sich daher an die bestehenden Bestimmungen des
 Gesetzes halten — und sie haben in ihrem eigenen
 Interesse allen Anlaß dazu —, dürfte es keinem
 Zweifel unterliegen, daß der größte Teil der
 Mietsverträge der Besteuerung entzogen wird
 oder sehr leicht entzogen werden kann. Denn die
 vorhin erwähnte Anweisung des Ministers, daß
 bei nicht feststehenden Mieten der Stand zur
 Zeit der Steuererklärung angegeben werden kann,
 hindert gegenüber dem klaren Gesetzesinhalt die
 Steuerpflichtigen nicht.

Nun haben tatsächlich die Mietsverträge,
 und zwar namentlich in den größeren Städten,
 wo sie bei sehr vielen Einkommen eine erhebliche
 Rolle spielen, eine Stellung eingenommen, nach
 der man sie eigentlich nicht mehr zu den fest-
 stehenden Einnahmen zählen sollte. Bei der sehr
 häufigen Bauwirtschaft, bei dem häufigen Ueber-
 gang an Wohnungen unterliegen sie in ihrer Ge-
 samtheit ganz erheblichen Schwankungen, wenn
 auch die einzelnen Beträge für kürzere oder
 längere Zeit feststehen können. Dieser Tatsache
 hat auch der Finanzminister Rechnung tragen
 müssen und deshalb in einem Erlass vom 18.
 Oktober 1892 dem Art. 161 II der Ausführungs-
 anweisung einen Absatz 4 beigegeben:

Stellen sich die Einnahmen des Vermieters
 nach den Umständen des Falles nicht als fest-
 stehende, sondern als unbestimmte und schwankende
 dar, so sind sie in Gemäßheit des Art. 5 Nr. 2,
 also nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre
 in Ansatz zu bringen.

In der Begründung dieser Forderung wird
 ausgeführt:

Diese Forderung hat sich als notwendig er-
 wiesen, weil in den Großstädten der Monarchie
 bei den dort bestehenden Verhältnissen, insbesondere
 der erheblichen Anzahl der in den einzelnen Hän-
 dern befindlichen Mietsparteien, der Häufigkeit
 des Mietsvertragswechsels und der Kürze der üblichen
 vertragsmäßigen Kündigungsfristen es für die
 Hauseigentümer nicht durchführbar gewesen ist,
 ihre Hauseinnahmen als feststehende Einkommen
 nach dem Ertrage des kommenden Steuerjahres
 zur Berechnung zu stellen. Die Veranlagungs-
 behörden werden in jedem Einzelfalle zu prüfen
 und je nach den Umständen zu entscheiden haben,
 ob die Hauseinnahmen für feststehend oder ob sie
 für unbestimmt zu erachten und demgemäß zu be-
 handeln sind.

Diese Erweiterung der Ausführungsanweisung
 leidet an zwei erheblichen Mängeln. Zunächst
 scheint sie gesetzlich zu sein; denn sie wider-
 spricht dem Wortlaut der eingangs angegebenen
 Gesetzesparagrafen. Sodann dürfte es doch
 außerordentlich schwierig sein, die richtige Grenze
 zwischen den feststehenden und den schwankenden
 Mietsverträgen zu ziehen. Sie wird deshalb
 in dem mehr oder weniger willkürlichen Befinden
 der Veranlagungsbehörden liegen, zumal die wohl
 in den meisten Fällen erforderliche örtliche Prüfung
 der einschlägigen Verhältnisse aus mancherlei
 Gründen auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen
 wird. Unter allen Umständen sind freilich die
 Veranlagungsbehörden an diese Verfügung ge-
 bunden, die Steuerpflichtigen dagegen nicht. Es
 dürfte vielmehr in deren finanziellen Interesse
 liegen, wenn sie dem Gesetze unbedingt Folge
 leisten. Ohne Zweifel wird sich dann demnach
 das Oberverwaltungsgericht mit der Frage zu be-
 fassen haben, und für dieses sind ja in erster
 Reihe die gesetzlichen Bestimmungen bindend, alle
 andern nur, soweit sie mit dem Gesetze nicht im
 Widerspruch stehen.

Die entscheidenden Bedenken und Schwierig-
 keiten würden mit einem Schlage beseitigt werden
 können, wenn man bei den Mietsverträgen und
 im Anschluß daran auch bei den Pachtsverträgen,
 wo sehr häufig ähnliche Verhältnisse vorliegen, die
 gesetzlichen Bestimmungen abänderte und den drei-
 jährigen Durchschnitt als maßgebend für die Ver-
 anlagung hinstellte. Daß ein Bedürfnis dazu
 vorliegt, wird ja durch den Finanzminister selbst
 in den obigen Ausführungen anerkannt. Die Ver-
 anlagung würde ein gerechteres Ergebnis haben;
 Schwierigkeiten aber würden sich daraus weder
 für die Steuerpflichtigen noch für die Veran-
 lagungsbehörden ergeben. Es ist im Gegenteil
 anzunehmen, daß bei dem Bestehenbleiben des
 jetzigen Zustandes sich für beide Teile Unannehm-
 lichkeiten ergeben werden, da der Staat nicht wohl
 ein Steuerobjekt unbemerkt lassen kann und die
 Steuerpflichtigen andererseits es ohne große Mühe
 der Besteuerung entziehen können. Bei den gesetz-
 gebenden Faktoren wiederum wird eine entsprechende
 Abänderung, die den praktischen Verhältnissen
 Rechnung trägt, schwerlich auf Beben stößen.
 Es empfiehlt sich daher, eine den § 13 des Ein-
 kommensteuergesetzes abändernde gesetzgeberische
 Maßnahme in ernste Erwägung zu ziehen.

(Köln. Ztg.)

Deutschland.

Berlin, 28. November. Zu Beginn des
 Politischen Tages mit Anfang ist von vielen die Nicht-
 anwendung der Kampfesfälle in dem Falle ge-
 wünscht worden, wenn Waren eingeführt wurden
 auf Grund von Verleumdungen, die vor dem
 Tage des Inkrafttretens der Zollgesetzgebung
 in gutem Glauben für deutsche Rechnung abge-
 schlossen waren. Die Forderung ist auch in der
 „M. Z.“ bekräftigt worden, weil sie der Willkür
 und dem Brauch früherer Jahre in ähn-
 lichen Fällen zu entsprechen schien. Die Regierung
 hat sich damals insofern ablehnend gegen die
 Forderung verhalten und dementsprechende Er-
 klärungen veröffentlicht lassen. In der Zollgesetz-
 gebung selbst wurden von den Kampfesfällen
 nur ausgenommen die Waren, die vor dem In-
 krafttreten der Verordnung bereits die zollfreie
 oder zollfreie Grenze überschritten hatten. Zu-
 zwischen aber scheinen neue Vorstellungen deutscher
 Importeure, die in den letzten Tagen an die
 Reichsregierung herangetreten und auch Abgeord-
 neten vorgetragen sind, die erstere zu einer anderen
 Auslegung gebracht zu haben, denn sie ist nun-
 mehr bereit, die Einfuhr von Waren, über die

bereits vor Inkrafttreten der Zollgesetzgebung
 ein Verleumdungsvertrag in gutem Glauben abge-
 schlossen war, zu dem normalen Zollfuß zu ge-
 statten oder den schon erhobenen Mehrbetrag
 zurück zu erstatten. Ein dahingehender Antrag
 der Abg. Müller-Dortmund und v. Heermann,
 der als Resolution der dem Reichstage zur Ge-
 nehmigung bereits vorliegenden Zollgesetzgebung
 angehängt werden soll, hat demnach Aussicht,
 nicht nur vom Reichstage, sondern auch von den
 verbündeten Regierungen angenommen zu werden.
 Die Zollgesetzgebung wird schon in den
 nächsten Tagen auf die Tagesordnung des Reichs-
 tages gesetzt werden.

— In dem nächstjährigen preussischen Etat
 sind, wie man hört, einige stiefzige neue Richter-
 stellen angelegt.

Der Versuch ihrer die thünlichste Förderung
 der deutschen Hochschüler-Interessen anstrebenden
 Politik hat die Reichsregierung dem Vorstände der
 Norddeutschen Fischereigenossenschaft, welche sich vor die
 Alternative gestellt sah, entweder zu liquidieren oder
 den Betrieb zu erweitern, das Versprechen gegeben,
 die Fischereigenossenschaft nicht im Stich zu lassen,
 wenn die Genossenschaft selbst den Beweis lieferte,
 daß sie dem Unternehmen Vertrauen entgegen-
 brächte. Daraufhin wurde in einer vorigen Woche
 stattgehabten Generalversammlung die Reorganisation
 des Unternehmens auf erweiterter Grundlage und
 insbesondere auch der Bau von zwei neuen Logen
 beschlossen, zu dessen Kosten die Reichsregie-
 rung eine Beihilfe im Betrage von 35 000
 Mark bewilligt hat. Für jeden weiteren Logen-
 ist eine reichsweite Ausstellungsprämie von
 3000 Mark in Aussicht gestellt worden.

— Von der zollfreien Stelle wird, wie all-
 jährlich, allgemein darauf aufmerksam gemacht,
 daß die vor 10 Jahren eingetragenen Waarenzeich-
 nen, wenn ihre weitere Beibehaltung nicht angemeldet
 wird, erlöschen. So anerkennend diese Hin-
 weise sind, so wenig haben sie es doch verhindert,
 daß Inhaber von geschützten Waarenzeichen die
 Kennzeichnung vergaßen und in Folge der An-
 eignung ihrer Zeichen durch Andere großen Schaden
 erlitten. Ein charakteristisches Beispiel nach dieser
 Richtung bietet ein Vorgang bei der eifassigen
 Tabakmanufaktur. Dieselbe hatte für sich das
 Zeichen der „Schwarzen Hand“ eintragen lassen
 und veräußerte es, vor Ablauf der zehnjährigen
 Frist die Eintragung zu erneuern. Kurz nach
 dem Ablauf eignete sich eine andere Firma das
 Zeichen an und die eifassige Tabakmanufaktur
 wurde dadurch geschädigt. So ist es bisher viel-
 fach gegangen. Der dem Reichstage demnächst
 zugehende Entwurf über den Schutz von Waaren-
 zeichen wird auch in dieser Beziehung Abhilfe
 schaffen. Es soll darin einmal bestimmt werden,
 daß vom Patentante jeder einzelne Inhaber eines
 geschützten Zeichens auf den Ablauf der zehnjährigen
 Frist aufmerksam gemacht werden soll. Erst wenn
 der Inhaber innerhalb eines Monats der Forderung
 nicht widerspricht, soll die letztere vorgenommen
 werden. Hat er es jedoch, so soll die Erneue-
 rung des Zeichens auf den Antrag des Inhabers
 nach Entrichtung einer Gebühr von 10 Mark vor-
 genommen werden. Da jede Kennzeichnung die
 Zahlung einer Gebühr von 30 Mark nötig macht,
 so ist somit auch eine finanzielle Erleichterung ge-
 schaffen. Aber damit nicht genug. Um den un-
 berechtigten Abgaben, welche Dritte durch die An-
 eignung fremder Zeichen bisher haben verfolgen
 können, unmittelbar entgegenzutreten, soll noch weiter
 festgesetzt werden, daß gefälschte Zeichen für Waaren,
 für welche sie eingetragen waren, oder für gleich-
 artige Waaren zu Gunsten eines Anderen als des
 letzten Inhabers, erst nach Ablauf von zwei Jahren
 seit dem Tage der Forderung von Neuem ein-
 getragen werden dürfen. Es liegt auf der Hand, daß
 sich eine solche Bestimmung nur durchführen läßt,
 wenn das Anmeldeverfahren zentralisiert ist. Diese
 Zentralisation soll ja aber auch im Patentante
 vorgenommen werden. Sonach läßt sich denn er-
 warten, daß es zum letzten Male nötig gewesen
 ist, einen allgemeinen Hinweis auf den Ablauf der
 zehnjährigen Frist für geschützte Waarenzeichen zu
 erlassen. Späterhin wird das Patentamt die
 einzelnen Inhaber darauf aufmerksam machen,
 und durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen
 wird dem Mißbrauch, welcher mit renommirten,
 von Amtswegen geschützten Marken betrieben werden
 konnte, vorgebeugt sein.

— Ein allgemeiner Kongress der deutschen
 Tabakfabrikanten und Tabakhändler nach der Tou-
 rade hier berufen war, hat gestern Nachmittag
 unter großem Andrang stattgefunden. Von Abge-
 ordneten fuhren wir die Herren Rothbart, Freie-
 vremen, Gasser-Schütz, Gasser-Papenast u. A.
 Zigarrenfabrikant A. Deter-Berlin eröffnete die
 Verhandlungen mit einem Hoch auf den Kaiser.
 Die voranstehenden Wirkungen des von der Re-
 gierung beantragten Tabaksteuergesetzes wurden
 lobend durch die Herren Kellpflug-Berlin, von
 Giesden-Hamburg, Freie-Vremen, Brinckme-Vlad-
 und von Berlin vom Standpunkt der
 Tabakfabrikanten und des Tabakhändlers und durch
 Dr. Fränkel-Weimar vom Standpunkt der Volks-
 wirtschaften und der Sozialpolitik beleuchtet. Ihre
 Ausführungen wurden in eine an den Reichstage
 zu richtenden Erklärung zusammengefaßt, in der
 die Veranlagung einmütig den entscheidenden
 Einspruch erhebt gegen jede höhere Belastung des
 direkt und indirekt nahezu einer Million Menschen
 Nahrung gebenden Tabakfabrikate, welche durch
 die Besteuerung seines Umfanges von (nach Abzug
 der Steuer) rund 250 Millionen Mark mit
 jährlich 56 Millionen im Vergleich mit anderen
 Gewerbszweigen bereits überlastet ist. In zehn
 Zeilen wurde dann die Stellung der Versammlung
 näher begründet. In Satz 1 heißt es: Die
 dem Gegenstande zu Grunde liegende Annahme
 der Regierung, wonach der Konsumrückgang
 in Folge der beabsichtigten Umgestaltung „nur“
 1/4 bei Zigarren und Zigaretten und 1/12 bei
 Rauch- und Schnupftabak betragen würde,
 ist völlig haltlos, da die besonders wegen der
 großen Zahl der Betriebe mit 20 Millionen
 Mark zu veranschlagenden, den Interferenzen er-
 wachenden Kosten für die Beschaffung der er-
 forderlichen besonderen Lagerräume, die baulichen
 Veränderungen, die Bezahlung der für die fän-
 dige Ueberwachung notwendigen Steuerbeamten,
 die Zeitverluste in Folge des steueramtlichen Mit-
 beschlusses und den notwendigen Geschäfts-
 zusatz ganz außer Ansatz gelassen sind. Bei
 einer unmittelbaren Mehrbelastung um 50 und
 einer mittelbaren um mindestens 20 Millionen
 Mark ist eine Vertheuerung der Tabakfabrikate um
 30—40 Prozent, also auch ein entsprechender
 Rückgang des Konsums selbstverständlich, da der
 deutsche Konsum den gewohnheitsmäßigen Aus-

gabebetrag für den Tabakgenuß (nach seit Jahr-
 zehnten berechneten Erfahrungen etwa 6 Mark
 jährlich auf den Kopf der Bevölkerung) nicht über-
 schreitet. In Satz 2 wird erklärt: Die Folge der
 Annahme des Gegenstandes wäre hiernach die
 tiefgehende Schädigung bzw. der wirtschaft-
 liche Untergang ungefähr des dritten Theils der
 heute in den zahlreichen mit dem Tabak zusam-
 menhängenden Gewerbszweigen Beschäftigten, d. h.
 mindestens 50 000 Arbeiter und Tausende von
 kleinen Fabrikanten und Händlern nebst zahllosen
 Familienangehörigen würden dauernd ihr Brod
 verlieren. Das würde nicht gut zu dem seit 1881
 immer wiederholten Worte von der Fürsorge für
 den kleinen Mann passen, zumal ein großer Teil
 der erwerbslos werdenden Arbeiter wegen ihrer
 körperlichen Schwächlichkeit zwar zur Zigarren-
 fabrikation, nicht aber zu anderen, meist anstreng-
 ender Arbeit brauchbar ist. Der Umfang der
 beim Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes in Folge
 der dann unvermeidlichen völligen Geschäfts-
 stopfung außer Arbeit gelangenden Arbeiter wird
 von allen Sachangehörigen auf 80 bis 100 000 ge-
 schätzt; es erhebt sich unumkehrbar, daß die deutschen
 Gesetzgeber nach reiflicher Erwägung ein derartiges
 Unheil über die arbeitende Bevölkerung heraufzu-
 beschwören vermöchten. Satz 3 lautet: Der heute
 noch zahlreiche und lebenskräftige Mittelstand im
 Tabakgewerbe würde zum größten Theil vernichtet
 werden, denn derselbe könnte die mit der Einfüh-
 rung der Fabriksteuer selbstverständlich ver-
 schärfte Kritik des ganzen Tabakgeschäfts nicht
 überleben und die durch die Steuererhöhung er-
 forberte Vergrößerung der Betriebsmittel nicht er-
 scheitern. Außerdem drängt das ganze Kontroll-
 system mit seinen, auf ein geradezu unerträgliches
 Maß gesteigerten Scherereien und Placereien,
 sowie der zwischenfalls Unmöglichkeit, der Hinter-
 ziehungs-Verdächtigung zu entgehen, auf die baldige
 freiwillige oder unfreiwillige Stellung der
 Betriebe unter ständige amtliche Ueberwachung hin
 — eine Einrichtung, deren Kosten zwar von den
 großen und zugleich besonders kapitalkräftigen,
 nicht aber von den mittleren und kleineren Be-
 trieben getragen werden können. In Satz 4 heißt
 es: Der Gegenstand überantwortet die wirt-
 schaftliche und moralische Existenz der dem Tabak-
 geschäft Angehörigen dem freien Besseren der
 Steuerbeamten, stellt damit eine bisher unerhörte
 Willkür der Verwaltung gegenüber den Staats-
 bürgern her. Das in dem Kontrollsystem zum
 Ausdruck kommende beschämende Mißtrauen gegen-
 über den Angehörigen des Tabakgeschäfts steht
 im direkten Widerspruch zu den in den Begrün-
 dungsparagrafen 19, 21 und 24 enthaltenen
 Redewendungen über die Vertrauenswürdigkeit der
 Industrie und der angeblich schonenden Behandlung
 derselben im Gegenstande. Absatz 5 weist auf den
 Schaden hin, den die deutschen Tabakfabrikanten
 erleiden werden. Während einerseits die erhöhte
 Steuer einen Konsumrückgang herbeiführen werde,
 siehe andererseits zu befürchten, daß in Folge des
 Schynsollens eine Erhöhung der inländischen Tabak-
 produktion und zwar durch Heranziehung unge-
 eigneter Vorkräften eintreten werde. Ein Preis-
 sturz zum Schaden der deutschen Tabakfabrikanten
 werde die unausbleibliche Folge sein. In Absatz
 6 wird ausgeführt, daß die geplante Steuerer-
 höhung besonders den minder wohlhabenden
 Konsumenten treffen werde, auf die 75—84 Prozent
 aller Tabakfabrikate entfallen. Die minder Wohl-
 habenden würden mindestens 66 Prozent der
 Steuer zu tragen haben. Punkt 7 behandelt die
 Nachtheile, die den viele Tausende Arbeiter be-
 schäftigenden Nebengewerben der Tabakindustrie
 dadurch erwachsen, daß die geplante Steuerer-
 höhung zu weitgehenden Ersparnissen in der
 Ausstattung und Verpackung der Waaren zwin-
 gen werde. In Absatz 8 wird auf die Ge-
 schädigung der Beschäftigtenstellung Hamburgs und
 Bremens hingewiesen. Diese Beschäftigtenstellung
 beruht zu einem sehr großen Theile auf dem
 Großhandel mit Rohmaterial. Absatz 9 bezeichnet
 den Gegenstand als wirksamste Vorbereitung des
 Monopols, das vom deutschen Volke jetzt mit
 gleicher Entschiedenheit wie früher zurückgewiesen
 wurde. Satz 10 endlich verweist auf die höchste
 Pflicht des Staates und der Gesetzgebung, die
 Arbeit, die einzige Quelle des Gedeihens für ein
 Volk, nicht nur zu schützen, sondern auch zu för-
 dern; wäre das Ergebnis des Tabaksteuergesetz-
 entwurfs eine Einschränkung, Dummheit oder Be-
 schädigung der Arbeit, so bedeute das zugleich eine
 weitgehende Schädigung des ganzen wirtschaft-
 lichen Lebens, die um so bedenklicher wäre, als sie
 in eine Zeit anzuwachen wirtschaftlichen Nieder-
 ganges fiel. Die Resolution schließt endlich, wie
 folgt: „Die Versammlung richtet an das hohe
 Haus des deutschen Reichstages die Bitte um Ab-
 lehnung der mit den ausdrücklichen feierlichen Ver-
 sprüchen der Regierung vor den Wahlen im
 stärksten Widerspruch stehenden Tabaksteuervorlage,
 sowie auch in Anbetracht des bereits jetzt sehr
 starken und in Folge des bei friedlicher Ent-
 wicklung naturgemäßen Konsumrückganges unan-
 gesehen sich steigenden Steuerbeitrages um Ab-
 lehnung der Mehrbelastung des Tabaks in jeder
 Form. Die Versammlung fordert alle Tabak-
 interessierten Deutschlands auf, mit allen Kräften
 die Agitation gegen die unförmigen Arbeits-
 gebiet drohende Gefahr zu betreiben, bis dieselbe
 beseitigt ist.“

— Der Absatz 7 des § 63 der Verleumd-
 ungsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands hatte
 zu Zweifeln darüber Anlaß gegeben, ob die Verleu-
 mung bei gewöhnlichem Frachtgut sich für Sonn-
 oder Festtage, die auf den Tag der Auslieferung
 des Guts folgen, sich um je 24 Stunden für
 jeden auf den Tag der Auslieferung folgenden
 Sonn- oder Festtag oder um nur einmal 24
 Stunden verlängert. Die letztere Auffassung ist,
 wie der Minister der öffentlichen Arbeiten im
 Einvernehmen mit dem Reichs-Eisenbahnamt unter
 dem 10. Novemb. erklärte, die richtige.

— Die „Alltägliche Zeitung und Intell.-Bl.“
 in Wernigerode schreibt: „Seine Erlaucht der
 Graf Heinrich zu Stolberg-Wernigerode, Sohn
 des verstorbenen Grafen Rudolf und Vetter des
 Fürsten, hat durch Urkunde vom 21. September
 1893 unter der Voraussetzung, daß von aller-
 höchster Stelle ihm ein anderer Name beigelegt
 werden würde, den bisherigen Familiennamen ab-
 legen zu wollen erklärt und damit ausdrücklich
 auf alle Rechte eines Gliedes des Hauses Stolberg-
 Wernigerode, sowie auf diejenigen des hohen
 Adels für sich und seine Nachkommen verzichtet.
 Nachdem der Kaiser durch Erlass vom 30. Oktober
 d. J. dem Grafen Heinrich und seiner Gemahlin
 Desdemona an Stelle des abgelegten Namens
 mit Titeln den adeligen Namen v. Stapelburg
 verliehen und nachdem Graf Heinrich diesen neuen

Namen bereits in Gebrauch genommen hat, ist
 der gebachte Herr Heinrich v. Stapelburg nicht
 mehr zu den Gliedern des fürstlichen und gräf-
 lichen Hauses Stolberg-Wernigerode zu zählen.“
 — Der Unterrichtsminister hatte beabsichtigt,
 sich gestern nach Frankfurt a. M. zu begeben, um
 dort von der unter der Leitung des Direktors
 Dr. Reinhardt stehenden Schule mit einheitlichem
 Unterricht für Gymnasium, Realgymnasium und
 Oberrealschule eingehend Kenntnis zu nehmen.
 In Folge einer plötzlichen Erkrankung an Influenza
 hat der Minister die Reise nicht antreten können.
 Die Befichtigung der Schule wird durch den
 Referenten, Geheimen Regierungsrath Grub, statt-
 finden, und es wird dem Minister darüber be-
 richtet werden.

Kiel, 27. November. Die vier Schiffe der
 Reichsflotte, die ehemaligen Panzerkreuzer-
 „Sachsen“, „Württemberg“, „Bismarck“ und
 „Baden“, werden nach der Beendigung der Winter-
 übungen, soweit sie jetzt darüber verlaßt, in
 Kiel außer Dienst stellen. Die Schiffe, wie auch
 die Maschinen und Rüstanlagen bedürfen
 gründlicher Umbauten. In erster Linie will man
 versuchen, die tief im Wasser liegenden Schiffe
 durch Umbauten der Oberwerksanlagen fester zu
 machen, da diese bei schwerem Wetter durch
 die einströmenden Seen sehr zu leiden haben;
 vor Allem aber soll auch die Armierung dieser
 Schiffe, die bisher aus je sechs alten Kruppischen
 26 Ztm.-Hinterladergeschützen besteht, in eine
 moderne umgewandelt werden. Man beabsichtigt,
 den Schiffen je neun 25 Ztm.-Schnellladeflanonen
 an Bord zu geben, durch die der Geschwader-
 dieser Fahrzeuge bedeutend gehoben wird. Ebenso
 wird durch die neu einzuführenden Hochdruck-
 maschinen die Schnelligkeit, und vor Allem die
 Manövrierfähigkeit der vier Panzerschiffe nach diesen
 Umbauten eine bei Weitem gesteigerte sein.
 Es läßt sich annehmen, daß die im kommenden Früh-
 jahr umzustellende Panzerflotte von der wir
 J. B. berichten, als eine Panzerdivision an
 Stelle der auscheidenden treten wird; jedoch ver-
 laßt hierüber noch nichts Bestimmtes.

Köln, 27. November. Die „Köln. Ztg.“
 spricht sich in einem Artikel über die Abreise des
 Marquises von Campos nach Afrika an-
 ererkennend aus über die Weisheit der spanischen
 Regierung, welche zunächst versucht habe, von dem
 Herrscher von Marokko Vergeltung für die von
 dem Riff-Kabylen erlittene Unbill zu erlangen,
 jetzt aber sich entschlossen habe, selbst sich Ver-
 geltung und Wiederherstellung der ihm zukommen-
 den Rechtslage zu verschaffen. Die „Köln. Ztg.“
 lobt das gegenwärtig energisch betriebene Vor-
 gehen und schließt, je rascher und nachdrücklicher
 die spanische Regierung jetzt die alte Rechtslage
 wiederherstelle, umsoher werde sie sich dadurch
 um die Sicherung des europäischen Friedens ver-
 dient machen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. November. Die aus dem Hohen-
 warth ausgetretenen Südbahnler erklären eine
 Kundgebung an ihre Wähler, in der sie sich gegen
 den Prager Ausnahmestatu und gegen das
 Regierungsprogramm und für nationale Gleich-
 berechtigung erklären. Gleichzeitig kündigen sie
 ein Zusammengehen mit allen oppositionellen
 Gruppen an.

Der Prälat Dr. Sebastian Brauner, seiner
 Zeit Herausgeber der „Wiener Kirchenzeitung“,
 und einer der eifrigsten und am meisten genannten
 Kämpfer der kirchlichen Partei Oesterreichs, ist im
 Alter von 78 Jahren gestorben.

Wien, 27. November. In dem permanenten
 Steuerratschusse des Abgeordnetenhauses erklärte
 Finanzminister v. Plener, die Regierung sei von
 der Nothwendigkeit der Durchführung des Steuer-
 reformwerkes durchdrungen und empfehle die
 Fortsetzung des mühsamen Werkes der früheren
 Regierung und zwar zunächst die Beendigung des
 wichtigsten Theiles der Gesamtreform, nämlich
 der Personaleinkommensteuer, wenn möglich, noch
 vor Weihnachten. Er behalte sich vor, dann bei
 dem Wiedereintritt des Reichsraths, der
 etwa im Februar eintrifft, über die Beilegung der
 Steuerreform bestimmte Propositionen zu machen.
 Der Demann des Ausschusses, Menager, dankte
 dem Minister für die zugesagte Förderung des
 Reformwerkes.

Italien.

Rom, 26. November. Für das Januar-
 Konfitorium sind im Vatikan durch den päp-
 stlichen Uditor Taurini die Vorbereitungen
 jetzt vollendet. Fünf neue Purpurträger
 sollen ernannt werden, der päpstliche Uditor
 selbst, der deutsche Jesuit P. Steinhilber, der
 hochultramontane Bischof Doppelbauer von Linz,
 dann der französische neue Erzbischof von
 „Kartago“, Mgr. Combes, und der Bischof
 Bertrand von Autun. Gegen diesen hat be-
 kanntlich die französische Regierung ein Veto eingelegt,
 doch wird dieses vielleicht bei der jetzigen Schwen-
 gung des Ministeriums Dupuy fallen gelassen.
 Das Konfitorium soll eine besondere Wichtigkeit
 erhalten durch eine Ansprache des Papstes, die als
 sein „politisches Testament“ bezeichnet wird. Sie
 wird sehr geheim gehalten und soll alle künftigen
 Fragen der Gegenwart berühren. Sämmtliche
 italienische und zahlreiche auswärtige Kardinäle
 werden zu diesem Konfitorium erwartet.

Rom, 27. November. Der König hatte
 heute Besprechungen mit Nicotera und Sonnino.
 Die Beauftragung Zanardelli mit der Kabinets-
 bildung gilt als beschlossen. Zanardelli würde
 eine Zusammenfassung der Fraktionen der Linken
 versuchen, soll aber auch mit Sonnino über eine
 Herausziehung des Zentrums verhandeln. Zanardelli
 melde einen Antrag an Ueberweisung des
 Berichtes des Siebenerausschusses an die Gerichte
 zur Verurteilung der darin angeordneten ungehe-
 lichen Bankrottführung und der Vorgänge bei der
 Beilegung der Papiere Lantini. „Zan-
 ardelli“ verlangt von dem Direktor der National-
 bank unverweilt Aufklärung über die Gründe
 seiner Mißleistung zu Gunsten der Banca
 Romana, als deren Stütz bereits bezeugt war.
 Voti meldet eine Anfrage über die Nothwendigkeit
 einer Änderung des diesjährigen Bankreform-
 werkes an. Der in London verabschiedete Monzini
 will bloßstellende Briefe mehrerer politischer
 Persönlichkeiten besitzen. Die Gräfinde „Risoria“
 sammelt eilig und mit Behagen die englischen
 und französischen Presstimmen zu Gunsten Crispien.
 Rom, 27. November. Der König empfing
 heute Nachmittag Forini und Prin und Abends
 die Senatoren Peruzzi und Brioschi. Der
 König hatte auch Visconti Venosta zu sich be-
 rufen, derselbe ist aber von Rom abwesend. Die

